

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1920**

301 (27.12.1920)







preussischen Landesversammlung mit Stenorsstimme verlangt, die Regierung solle an den Reichstag appellieren. Ein Musterbeispiel von parlamentarischem Realismus. Von diesem Reichstag des 6. Juni erwartet der kommunistische Parlamentarier Klink eine republikanische Tat! Da kann man wirklich nun mit dem alten Studentenlied singen: „Der Winger Schühler Herr Klink besichert uns etwas Feines!“ In Wahrheit gibt es gerade in diesem Falle keinen anderen Ausweg als die direkte Aktion, den Appell an das Volk. Die Frage der Fürstenabstimmung muß einer Volksabstimmung unterbreitet werden und wir sind ihres Ausgangs sehr sicher.

Wenn aber die Reichsregierung in der Abwehr gegen die deutungsreichen ehemaligen Landesfürsten versagen und deutsche Verträge sich finden sollten, durch Urteilspruch die fürstlichen Raubgelenke zu unterstützen, dann stehen wir nicht einem Moment an zu erklären, daß dann der erhärtete Widerstand der Arbeitermassen sofort und mit allen Mitteln einzusetzen hat. Jeder Versuch, den ehemaligen Fürsten die von ihnen geforderten Summen zuzuschlagen, würde zu Explosionen im Innern führen, deren Tragweite ungeheuer sein müßte. Wir würden nicht eine Minute zögern, die Massen zum rücksichtslosesten Kampfe aufzurufen, wenn man den ehemals gekrönten Parasiten die von ihnen verlangten Summen geben wollte. Die Herrschaften sollen heilfroh sein, daß sie bisher so anständig behandelt und abgefunden worden sind.

### Eine neue Steuer — Kopfsteuern auf Pferde und Kinder

Von unserem Oldenburger Mitarbeiter wird uns geschrieben: Während man im Reiche infolge der Steuerfabrikation der bürgerlichen Parteien nicht dazu kommt, ernsthafte steuerliche Maßnahmen zu treffen, hat das Ministerium des Reichsausschusses Oldenburg dem Landtag einen Gesetzentwurf vorgelegt, der eine Besteuerung von Pferden und Kindern durch eine einmalige Kopfsteuer fordert. Obwohl der Landtag zum allergrößten Teil aus Angehörigen der ländlichen Kreise besteht, ist die Annahme des Gesetzes gesichert. Der Betrag der Steuer wird im Entwurf auf 13 Millionen Mark veranschlagt. Die Besteuerung der Pferde dürfte 2 Millionen und die der Kinder 11 Millionen ergeben. Der Betrag soll für Siedlungszwecke, Beschaffung von Kunststücken für Stedler und zu allgemeinen Wohlfahrtszwecken verwendet werden. Von der Steuer werden nur leistungsfähige Betriebe erfaßt. Alles Kleintier, wie Kühner, Schafe, Hegen und Schweine sind abzüglich von der Steuer freigelassen. Außerdem brauchen Kleinbetriebe, die nur zwei Kinder besitzen und die Pferde der reinen Wirtschaftsbetriebe nicht besteuert zu werden. Die Kopfsteuer für Pferde beträgt bis zum Alter von einem Jahre 50 M., von einem bis drei Jahren 100 M. und darüber 150 M. Für Kinder sind zu zahlen im ersten Jahre 30 M., im ersten bis zweiten 40 M., über zwei Jahre 50 M.

Eine Frage taucht allerdings auf, ob den Gemeinden ein Zuschlagsrecht zu der Steuer zu geben ist. Das Reich hat das Steuerrecht der Staaten sehr beschnitten, um die Steuerobjekte für sich in Anspruch zu nehmen. Ein rechtlicher Zweifel besteht gegenüber dieser Steuer keineswegs, da sie nur eine einmalige Abgabe ist, die bis zum kommenden März gezahlt werden soll.

### Ein Appell an die englischen Gelehrten

Der Leipziger Universitätsprofessor Förster hat an den Präsidenten der britischen Akademie der Wissenschaft Sir Preberil Cannon in London unter Bezugnahme auf den von diesem in seiner Rede vor der britischen Akademie der Wissenschaften ausgesprochenen Wunsch, daß die wissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft mit der deutschen Gelehrtenwelt wieder hergestellt werden möchte, einen offenen Brief gerichtet, in dem er die gegen die deutschen Gelehrten erhobenen Vorwürfe zurückweist und seinerseits die Frage aufwirft, wo die Proteste der englischen Gelehrten gegen die Hungerblockade, gegen die Verletzung der 14 Punkte des Präsidenten Wilson, gegen die Kulturverbote der schwarzen Besatzungstruppen in der Rheinlande und anderes geblieben seien. Eine fruchtbare wissenschaftliche Zusammenarbeit werde erst dann möglich sein, wenn die englischen Gelehrten einsehen, daß die deutschen Gelehrten, indem sie zu ihrem Vaterlande hielten, nichts anderes getan hätten, als was die englischen Gelehrten gleichfalls getan haben und noch tun nur mit dem Unterschied, daß die letzteren auch zu den Grausamkeiten und Ungerechtigkeiten schwiegen, die nicht mehr durch den Hinweis auf die harte Kriegsnotwendigkeit entschuldigt werden können. Förster spricht schließlich den Wunsch aus, daß die Stimmen der Menschlichkeit und Gerechtigkeit unter den Völkern wieder Gehör finden mögen.

### Lichtenstein

Romantische Sage von Wilhelm Hauff

(Fortsetzung.)  
 „Dies dünkt mir eine lächerliche Beschuldigung,“ erwiderte Georg mit mutigem Ton; „Ihr wisst wohl, wann und wo ich mich von dem Bunde losgesagt habe; ihr habt mich auf vierzehn Tage Urfehde schenken lassen; so wahr Gott über mir ist, ich habe sie gehalten. Was ich nachher getan, davon haat ihr nicht Rechenschaft zu fordern, weil ich euch nicht mehr verpflichtet war, und was meine Gefangennehmung mit den Waffen in der Hand betrifft, so frage ich euch, edle Herren, welcher Ritter wird, wenn er von sechs oder acht angegriffen wird, sich nicht seines Lebens wehren? Ich verlange von euch ritterliche Gatt und erdiete mich, Urfehde zu schenken auf sechs Wochen; mehr könnt ihr nicht von mir verlangen.“  
 „Wollt ihr uns Gefesse vorzeichnen? Ihr habt gut gelernt bei dem übermütigen Herzog; ich höre ihn aus Euch sprechen; doch keinen Schritt sollt ihr zu Eurer Schwippschaft tun, bis ihr geteilt, wo der alte Fuad, Euer Schwiegervater, sich aufhält, und welchen Weg der Herzog genommen hat.“  
 „Der Ritter von Lichtenstein wurde von Euren Reitern gefangen genommen; welchen Weg der Herzog nahm, weiß ich nicht und kann es mit meinem Wort bekräftigen.“  
 „Ritterliche Gatt?“ rief der Truchseß bitter lachend. „Da irt ihr Euch gewaltig; zeigt vorher, wo ihr die goldenen Sporen verdient habt! Nein, solches Geschick wird bei uns ins tiefste Verlies geworfen, und mit Euch will ich den Anfang machen.“  
 „Ich denke, dies ist unnötig,“ fiel ihm Frondsberg ins Wort; „ich weiß, daß Georg von Sturmeder zum Ritter geschlagen wurde; überdies hat er einen bühnischen Odien das Leben gerettet; ihr werdet Euch wohl an die Aussage des Dienerich von Kraft erinnern. Auf Verwenden dieses Ritters wurde er von einem schmähtlichen Tod befreit und sogar in Freiheit gesetzt. Er kann dieselbe Behandlung von uns verlangen.“  
 „Ich weiß, daß ihr ihm immer das Wort geredet, daß er Euer Schoßkind war; aber diesmal hilft es ihm nicht, er muß nach Eplingen in den Turm, und jetzt den Augenblick —“  
 „Ich leiste Bürgschaft für ihn,“ rief Frondsberg, „und habe hier so gut mitzusprechen wie ihr. Wir wollen abstimmen über den Gefangenen, man führe ihn einstweilen in mein Belf.“

### Schutz der Kriegsteilnehmer gegen Zwangs-vollstreckungen

Der Schutz der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsvollstreckungen wurde nach der Verordnung vom 16. Juli 1920 am 1. Januar 1921 ablaufen. Durch in der Sitzung des Reichstags vom 17. Dezember 1920 beschlossenes Gesetz, dessen Verwirklichung im Reichsgesetzblatt bevorsteht, ist infolgedessen für ein weiteres halbes Jahr, also bis zum 1. Juli 1921, ein Schutz gegen Zwangsvollstreckung zuteil wird. Die sachliche Voraussetzung für die Anwendung dieses Schutzes sind dieselben geblieben. Es tritt aber eine Aenderung des Verfahrens infolgedessen ein, als vom 1. Januar 1921 ab die Vollstreckung gegen Kriegsteilnehmer nicht mehr der vorherigen Bewilligung durch das Vollstreckungsgericht bedarf, es vielmehr Sache des Kriegsteilnehmers sein wird, nach Beginn der Vollstreckung seinen Anspruch auf Bewilligung des Schutzes geltend zu machen.

### Militär-Verorgungsgebühren

Mit Rücksicht darauf, daß den auf Grund der Militärverorgungsgeetze zum Empfang von Versorgungsgebühren berechtigten verbliebenen Militärpersonen der Unterlassen und deren Hinterbliebenen am 1. Mai 1920 eine Teuerungszulage von 30 oder 40 Prozent ihrer Zuwendungen zuerkannt worden ist, hat der Reichspräsident genehmigt, daß auch den Unterhaltungs-empfangern des Mannschafsstandes des Heeres, der Marine und der Schutztruppen aus Kapitel 15, 2. Titel 1 des Haushaltses sowie die Unterhaltungen anstelle gesetzlich nicht zuständiger Mannschaftsverorgungsgebühren bewilligt werden sind, sowie die aus demselben Fonds unterstützten Hinterbliebenen solcher Personen eine vom 1. Mai 1920 ab bis auf weiteres zahlbare Teuerungszulage bewilligt wird und zwar in Höhe von 30 Prozent der ihnen bewilligten Unterhaltungen für die ehemaligen Militärpersonen und von 40 Prozent für die Hinterbliebenen. Es handelt sich dabei um die aus dem früheren faktischen Dispositionsfonds bei der Reichshauptkasse gezahlten Unterhaltungen. Die erhöhten Beträge werden den betreffenden Personen so bald als möglich ohne weiteres ohne besonderen Antrag bezahlt werden.

### „Der innere Feind“

Ein geradezu tolles Urteil wurde von der Erfurter Strafkammer gefällt. Diefes verurteilte den Offizierskandidaten Reichsmehrregiment 21, Pehold, „wegen Freibeit vor dem Feinde“ zu einem Jahr Gefängnis und Verweisung in die zweite Klasse des Soldatenstandes, weil er bei den Märzunruhen in Ostka sich heimlich von seinem Truppendienst entfernt hatte. Wenn man als Begründung des Urteils „Freibeit vor dem Feinde“ liest, so kann man sich nur schmer dem Eindruck entziehen, einem Verstum zum Opfer gefallen zu sein. Schon im März und den darauf folgenden Monaten des Jahres suchte man Ostka als ein ganz besonders gefährliches „Spartakisten-“ hinzustellen, das der Reichsregierung dringend bedürftig sei. Es wird geradezu unheimlich, die Begriffe einer überlebten Militärgerichtsbarkeit auf Angelegenheiten, die sich auf deutschem Boden abspielen, mechanisch zu übertragen.

### Die russischen Gefangenen

Anlässlich der Reichstagsdebatten, in welcher die Frage der Behandlung der auf deutsches Gebiet übergetretenen 50 000 Notgefangenen erörtert wurde, teilt die Vertretung in Deutschland des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz folgenden mit: Im Reichstage wurde vielfach die Frage mit der ber noch in Deutschland befindlichen 80 000 russischen Kriegsgefangenen verurteilt. Es muß hervorgehoben werden, daß das Internationale Komitee Roten Kreuz kein Mandat besitzt, um sich mit den Internierten zu befassen, sondern nur mit den Kriegsgefangenen. Die im Reichstage hervorgerufenen Vorurteile beziehen sich lediglich auf die Interniertenlager. Die Kriegsgefangenen, deren Abtransport unter dem Schutze des Internationalen Roten Kreuzes steht und sich trotz großer materieller Schwierigkeiten regelmäßig weiter abwickeln, dürfen in absehbarer Zeit Deutschland verlassen haben.

### Badische Politik

Die Milchversorgung in Baden

Als die badische Milchversorgung vom 20. November 1916 erlassen wurde, waren die Milchlieferungen an die badischen Städte aus Baden in ganz erschreckendem Maße zurückgegangen. Nach einer Erhebung des Ministeriums des Innern betrug die Milchzufuhr aus den badischen Bezirken an die städtischen Kommunalverbände vom 15. September 1916 nur noch 80 000 Liter.

Dank der auf Grund der Milchverordnung geleisteten Arbeit gelang es, die Milch- und Butterlieferungen im Jahre 1917 (Juni) bis auf 178 652 und bis zu der höchst erreichten Zahl von 254 744 Litern im Tagesdurchschnitt des Monats Juli 1918 zu steigern. Von da ab sind die Anlieferungen fast ständig zurückgegangen. Die höchste Menge im Jahre 1919 wurde im Juli mit 153 881, im Jahre 1920 im Juni mit 133 479 Liter Tageslieferungen erreicht. Im August 1920 wurden 127 462, im September 112 295, im Oktober gar nurmehr 100 758 Liter Milch angeliefert. Da unter diesen 100 758 Liter noch Butterlieferungen im Betrage von 22 050 Liter täglich enthalten sind, so betragen die reinen Milchlieferungen nur noch 78 700 Liter, sie reichen also nicht mehr aus, um den fogen. Milchnotbedarf zu decken, d. h. um die Kinder bis zum 6. Lebensjahre, die Schwangeren in den letzten 8 Monaten, die stillenden Mütter und die Kranken mit den färglichen, ihnen in der Reichsmilchverordnung zugebilligten Mindestmengen von Milch zu versehen. Wenn dieser fogen. Milchnotbedarf der badischen Bedarfstädte, der eine tägliche Lieferung von 85 000 bis 88 000 Liter Milch erfordert, wenigstens notdürftig gedeckt werden konnte, so ist das auf die Reserve, die den Städten in den Milchlieferungen ihrer eigenen Kuhhalter und Aufhaltungen (städt. Gutswirtschaften und dergleichen) zur Verfügung stehen, besonders aber auf die Einfuhr von Milch aus Außerbaden (Schweiz, Birmensberg, Gessen und Solingen) zurückzuführen, die freilich ebenfalls ganz erheblich, nämlich von rund 85 000 Liter im Juni 1918 auf gegenwärtig rund 10 000 Liter zurückgegangen ist. Die doch so sehr der Milchversorgung bedürftigen Kinder im Alter von 7 bis 14 Jahren können also nur in den allergeringsten Fällen eine kleine Milchmenge, Erwaachsen überhaupt keine Milch erhalten.

Der Rückgang der Milchlieferungen unserer Städte kann weder mit der Zahl der Milchkuhe, die in Baden am 1. Dezember 1918: 316 833, 1917: 316 949, 1916: 315 709, 1915: 308 939 und im März 1920: 304 395 betragen hat) noch mit dem Rückgang der Qualität des Rindviehs, noch auch mit der starken Ausbreitung der Maul- und Ruhrkrankheit allein erklärt werden, (wenn auch diese Ursachen selbstverständlich nicht unterdrückt werden dürfen), zumal die Futterverhältnisse dieses Jahre weit besser sind, als in den Vorjahren. Man wird wohl nicht sehr weit gehen, wenn man den Grund neben dem stärkeren Verbrauch von Milch in vielen landwirtschaftlichen Betrieben, besonders zur Aufzucht von Jungvieh und Ferkeln, in dem Ueberhandnehmen der Schleifversorgung mit Milch und Butter sucht. Ganz auffallen ist die Zunahme der Zahl der Milchzentrifugen, dieses gefährlichen Feindes der städtischen Milchversorgung, die trotz der gewaltig gestiegenen Anschaffungskosten (zur Zeit etwa 500 bis 1500 M für das Stück) sich bei den hohen Preisen der Schleifhandelsbutter immer noch bezahlt zu machen scheinen. Solange die Bevölkerung in Stadt und Land nicht einseht, daß der Schleifhandel mit Milch und Butter, der sich immer öffentlicher und frecher in allen Schichten des Volkes breit macht, der größte Feind jeder geordneten und gerechten Milchversorgung ist, solange kann die Milchversorgung der kleinen Kinder und Kranken, der werdenden und der jungen Mütter, aber auch der heranwachsenden Jugend nicht besser werden.

Das badiische Wappen. Zu der Notiz über das neue Landeswappen, die dieser Tage in mehreren Wätern erschien, wird herabgehört, daß Professor Dupp (nicht Dufel) in Schleifheim schon vor der Ausfertigung des Wappentextes mit der Ausarbeitung eines Entwurfs beauftragt worden war. Die von ihm vorgelegten Entwürfe gelangten jedoch nicht zur Ausführung. Der dem Hausstaatsauschuss vorgelegte und von ihm gebilligte Entwurf stammt von dem Karlsruher Bildhauer Scheffelt.

Pforzheim, 23. Dez. Der Bürgerausschuss bewilligte für die Fertigstellung des Nordstadt-Schulhauses weitere 3 898 225 M, jedoch der gesamte Bau auf über 8 Millionen zu stehen kommt. In dem Schulhaus wird auch das Verordnungsamt untergebracht. Außerdem neben der neuen Realschule noch 24 Klassen der Volksschule. Für das Kindererholungsheim im Wauschlöcher Schloß sollen 15 000 M jährlich Budget gezahlt werden. Da für die Instandsetzung und Einrichtung nicht weniger als 230 000 M aufgebracht werden müßten, so erwartet man eine wesentliche Herabsetzung des Budgets.

Furtwangen, 23. Dez. Nach dem Vorschlag für 1920/21 stehen den städtischen Einnahmen von 679 589 M Ausgaben von etwas über einer Million gegenüber, jedoch sich ein unbedeutender Aufwand von rund 400 000 M ergibt. Dieser wird durch die Erfassung der reichsteuerfreien Einkommensteuer aufgebracht.

### Gewerkschaftliches

Gaulkonferenz der Gemeinde- und Staatsarbeiter Badens

Am 18. und 19. Dezember tagte in Freiburg i. Br. die zweite sehr gut besuchte Gaulkonferenz der Gemeinde- und Staatsarbeiter Badens. Gauleiter W. F. F. eröffnete die Konferenz mit herzlichem Begrüßungsworten an die Erschienenen. Nach Annahme der vorgeschlagenen Tagesordnung wurden die

nicht auf uns und höchst beinahe die Schlacht gewonnen, durch dein tollkühnes Sichgehen auf unsere Geschäfte.“  
 „Jeder nach seiner Art,“ entgegnete Frondsberg; er hat uns aber auch in Feindes Reichen Ehre gemacht.“  
 Der Ritter von Lichtenstein umarmte seinen Sohn. „Er ist in Sicherheit,“ flüsterte er ihm zu, und beider Augen glänzten vor Freude, zu der Meinung des unglücklichen Kriegen beigetragen zu haben. Da fielen die Wände des alten Ritters auf den grünen Mantel, der noch immer um Georgs Schultern hing; er erkannte, er sah ihn näher an. „Hal jetzt erst verstehe ich ganz, wie alles so kommen konnte,“ sprach er bewegt, und eine Kräne der Freude hing in seinen grauen Wimpern; sie kamen ihm über die Stirn; was wäre aus ihm geworden, wenn dich der Mut nur einen Augenblick verlassen hätte? Du hast mehr getan als wir alle, du hast gegiegt, wenn wir jetzt auch Westgiege heißen; komm an mein Herz, du würdiger Sohn.“  
 „Und Marx Stumpf von Schweinsberg?“ fragte Georg; „auch er gefangen?“  
 „Er hat sich durchgehauen, wer vermöchte auch seinen Fieken zu widerstehen? Meine alten Knochen sind müde, an mir liegt nichts mehr, aber er ist dem Herzog nachgegangen und wird ihm eine bessere Dille sein als fünfzig Reiter. Doch den Pfeifer sah ich nicht; sage, wie ist er entkommen aus dem Streiti?“

„Als ein Geld,“ erwiderte der junge Mann, von der Beemut der Erinnerung bewegt; „er liegt erschoten an der Brücke.“  
 „Tot?“ rief Lichtenstein, und seine Stimme zitterte. „Die treue Seele! Doch wohl ihm, er hat getan wie ein Adler und ist gestorben, treu, wie es Männern ziemt!“  
 Frondsberg nickte sich ihnen und unterbrach ihre Neben. „Ihr scheint mir so niedergeschlagen,“ sagte er; „seid mutig und getrost, alter Herr! Das Kriegsgeld ist wandelbar, und Euer Herzog wird wohl auch wieder zu seinem Lande kommen; wer weiß, ob es nicht besser ist, daß wir ihn noch auf einige Zeit in die Fremde schicken. Leget Helm und Panzer ab; das Gefecht zum Frühstüd wird Euch die Lust zum Mittagessen nicht verderben haben. Setet Euch zu uns. Ich erwarte gegen Mittag den Wächter, unter dessen Schutz ihr auf eine Burg gebracht werden sollt. Was dahin laßt uns noch zusammen frohlich sein!“  
 „Das ist ein Vorschlag, der sich hören läßt,“ rief Lichtenstein. „Ihr Tisch, ihr Herren; wachlich, Georg, mit dir habe ich nicht mehr geseit seit dem Zündich im Ulmer Rathausaal, komm, wir wollen rechtlich nachholen, was wir veräunt.“  
 Hans von Breitenstein sog Georg zu sich nieder, die anderen folgten seinem Beispiel, die Aechte trugen auf, und der eblg







### Reaktionäre Vorkehrungen gegen einen Eisenbahnerstreik

Man schreibt uns: Der Reichsverkehrsminister General Gröner versucht anstehend seinen Verkehrscollegen Giesbert in reaktionären Maßnahmen noch zu überbieten: Im Reichs-Verkehrs-Blatt Nr. 24 vom 20. Dezember erklärt er auf dem Boden der von der preussischen Staatsregierung im Einverständnis mit der damaligen Reichsregierung am 20. Februar 1920 (also kurz vor dem Rapp-Bußsch) abgegebenen Erklärung zu stehen, wonach mit dem Begriff des Koalitionsrechtes für die Beamten noch lange nicht das Streikrecht verbunden ist und wonach der Beamtenstreik gleichbedeutend mit einer Eidesverletzung sei. Der Streik würde demnach unter Umständen ein Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Dienstentlassung zur Folge haben.

Minister Gröner erweitert noch diese Auslassungen, indem er zwischen passiver Resistenz und Streik keinen Unterschied machen will.

Eigenartig mutet es aber an, wenn General Gröner in einem Begleitfahrschein an die Präsidialstellen die Ansicht fundiert, daß „der Rapp-Bußsch den Beamten die Köpfe verwirrt habe“. Er fordert diese Stellen auf, jede Streikagitation zu unterbinden, Plakatschläge sowie Verteilung von Tractschriften an Beamte zu verhindern. Es besteht unseres Erachtens kein Zweifel, daß wir es hier mit einem großzügig sein wollenden Vorspiel reaktionärer preussischer Militärmaßnahmen zu tun haben. Wir fürchten aber diese Einschüchterungsversuche in Baden nicht. Die Eisenbahner werden auf dem Posten sein. Wie wir hören, sind auf heute mittag 12 Uhr die Organisationsvertreter zu dem Vorsteher der Präsidialstelle, Herrn Schulz, in die Generaldirektion geladen „zur Entgegennahme einer Mitteilung“. Ebenso sollen um 3 Uhr die Dienstvorstände der Generaldirektion zu demselben Zweck zusammenkommen. Anstatt zu verhandeln, wie in den letzten Tagen zur Beruhigung erklärt wurde, will man jetzt also zur Diktatur übergehen. Dieser Weg muß unter allen Umständen zu schlechten Häufen führen. Wir warnen den Verkehrsminister und auch die badische Generaldirektion in letzter Stunde vor einer Nachprobe.

W.B. Berlin, 24. Dez. Der Gesamtverband Deutscher Beamten und Staatsangestelltengewerkschaften haben sich auf den Boden der Forderungen der Vereinigten Eisenbahnerorganisationen gestellt. Der Gesamtverband hatte in seinen früheren Beschlüssen seine weitere Haltung von der Entscheidung des Reichstags abhängig gemacht. Nachdem der Reichstag die Forderungen des Gesamtverbandes in den wesentlichen Punkten nicht erfüllt hat, sieht sich der Gesamtverband veranlaßt, erneut mit seinen Wünschen an die Regierung und das Parlament heranzutreten.

### Etwas vom Milchhampstern

Man schreibt uns: Ein trauriges Kapitel bildet z. B. die Milchablieferung unserer Bauern. Bald kein Tag vergeht, wo nicht in den Tageszeitungen amtliche und nichtamtliche Aufrufe und Ermahnungen auf die Säumigen losgelassen werden. Selbst ihre eigenen Organisationsvorstände und Vertreter geben allmählich zu, daß die Milchablieferung doch nicht ganz den von ihnen begangenen Erwartungen entspricht. Auf den Dörfern sind an Säunen und Scheunentoren Plakate angebracht, auf denen wahre Gienbgestalten von Mutter und Kind die Bauern ermahnen sollen, ihrer Pflicht gegenüber unserer stillenden Mütter, Kindern und Kranken nachzukommen. Wer aber meint, daß durch alle diese entstellten traurigen Bilder das verstockte Gewissen unserer Bauern sich rühren sollte, ist im Irrtum. Nicht einmal das höchste Kirchenfest beider Konfessionen, das Fest der Liebe, Weihnacht, übte Einfluß auf die doch sonst immer mit ihrer Frömmigkeit sich brütenden Bauern aus. Die Milch geht einfach in die Hand, welche den vollsten Geldbeutel hält. In einer Gemeinde unterhalb Karlsruhe blüht der Milchsmuggel besonders üppig. Die gute Bahnverbindung nach allen Richtungen begünstigt das Schiebergesindel von Karlsruhe, Schwetzingen, Hohenheim und Mannheim. Sie fahren mit Wochenkarten und sind mit Kammern nicht unter 3 Metern Inhalt und auch Korbfässchen ausgerüstet. Traurig ist's, daß es meistens Leute aus den ärmeren Bevölkerungsschichten sind, die sich diesem schmutzigen Gewerbe hingeben. Der größte Teil von ihnen sind Frauen. Aber auch Dienstmädchen sind darunter, die für die Herrschaft hampstern gehen. Auf der Endstation angekommen, verteilt sich die Gesellschaft auf verschiedene Wege, die aber alle nach dem Dorf führen, wo in so reichen Maße Milch und Honig fließt. Diese Vorstadt wird angewendet, um den Kontrollbeamten des Landespreiskamers die Kontrolle zu erschweren. Auch sind die Kammern sehr gut verpackt oder maskiert. Auf dem Rückweg machen sich die Hinterschäfer aber viel bequem. Zwei Bauern aus dem Ort der Milchquellen haben sich ein Gewerbe daraus gemacht, diese Schieber und Schieberinnen in Jagdwagen für schönes Geld von dort nach irgend einem Bahnhof zu befördern. Da nun das Landespreiskamers seine Fahnder in Gemeinschaft mit Beamten unserer grünen Polizei in der Woche mehreremale dem Gesindel auf die Fersen schickt, so liegt es nun an den Schieberleuten, auszufundschaffen, welcher Bahnhof für die Rückreise noch frei ist. Auf ein Stündchen mehr oder weniger im Jagdwagen kommt es dabei nicht an. Es gehört schon eine große Portion Spitzfindigkeit dazu, die Gesellschaft an irgend einem der vielen Bahnhöfe zu erwischen. Für den Fall, daß mal sämtliche in Betracht kommenden Bahnhöfe von Fahndern besetzt sind, ist die Gesellschaft auch bereit, zu dem Dorf zurückzukehren und dort heimlich angetreten. Bei einer Festnahme und Vernehmung gibt's immer ein großes Gejammer. Da werden die rührendsten Leidensgeschichten erzählt, vom kranken Mann, der schon zwei und mehr Jahre im Bett liegt und die Milch so nötig braucht, der kranken Frau, den kranken Kindern usw. usf. Trotz aller Geheißens: dieser Schieber kommt es doch nie und da vor, daß einer bei der ersten Vernehmung sein eingelübtes Sprüchlein von vier kranken Kindern vorjammert, bei der zweiten sind's schon sechs und noch mehr. Klagen haben kurze Weile. Aber alle hampstern heute das allererste Mal, und alle haben auch nur den Höchstpreis für die gehampsterte Milch bezahlt. Auch kennt selten jemand von der Gesellschaft den Bauern mit dem Namen, von dem die Milch stammt. Am schlimmsten ist für die Beamten zu arbeiten, wenn während der Festnahme oder Vernehmung auf einem Bahnhof zu gleicher Zeit ein Arbeiterzug einläuft. Was sie da alles an Schmälgungen und Drohungen einstecken müssen, steht in keinem Wörterbuch. Hier zeigt sich die Borniertheit

und Urteilsunfähigkeit eines großen Teiles unserer Arbeiterschaft, die in den meisten Fällen Partei für die Schieber ergreift. Aufklärung seitens der Parteivereine, in den Betrieben durch die Betriebsobleute wäre hier dringend nötig. Was nützen alle Verordnungen der Regierung, wenn die Organe, welche diese Verordnungen auszuführen haben, von den Arbeitern in der gemeinsten Art und Weise beschimpft werden. Die Dienstfreudigkeit dieser Leute wird dadurch sicher nicht gehoben. Das Schiebergesindel wird gewollt oder nicht gewollt unterstützt und den Schaden trägt die Arbeiterschaft selbst.

Wir haben dieser anschaulichen Schilderung nichts hinzuzufügen, denn was der Schreiber der Zeilen da mitteilt, stimmt aufs Haar. Nur seine letzte Mahnung an die Arbeiterschaft möchten wir unterstreichen; es ist wirklich kaum glaublich, wie gedankenlos sich oft ein Teil der Arbeiterschaft benimmt. Auf alle Fälle muß nach Ansicht dieser Arbeiter gegen den Beamten des Staates Stellung genommen werden, eine Haltung, die sich aber schlecht mit dem von denselben Leuten so oft gehörten Ruf vereinbaren läßt, die Regierung tue nichts, die Regierung solle eingreifen, solle härter vorgehen. Also etwas mehr Nachdenken läte manchen Arbeitern — und auch Genossen — schon not.

### Jugend und Sport

Der Arbeitersport an den Weihnachtstagen  
Propagandaspiele 1. gegen 3. Bezirk (Ober- und Mittelbaden) am 26. Dezember in Achern

Mittelbaden — Oberbaden 2:1, Eckenverhältnis 10:2  
Den Bezirksleitungen des 1. und 3. Bezirks war es gelungen, zu diesem Spiel zwei kombinierte Bezirks-Mannschaften aufzustellen. Der 1. Bezirk aus den Vereinen Freiburg, Emmendingen, Offenburg, Lahr und Achern, der 3. Bezirk aus den Vereinen F.F.A. Karlsruhe, A.S.V. Karlsruhe, Sagsfeld, Eisingen, Forstheim und Aue.

Punkt 2 Uhr eröffnete der Bezirks-Spielleiter des 3. Bezirks das Spiel. Es setzte gleich ein scharfes Tempo ein. Doch konnte ein Kombinationspiel infolge der schlechten Bodenverhältnisse (Tauwetter) nicht auskommen. In der 16. Minute konnte Unterbaden durch Rauffeld-Aue in Führung gehen. Bei diesem Stand blieb es auch bis zur Halbzeit. Entweder blieb der Ball im tiefen Morast stehen oder der großartig spielende Torwächter Oberbadens — Freiburg hielt alles, was aufs Tor kam. Diesem hat Oberbaden eine größere Niederlage zu verdanken.

Nach Halbzeit beiderseitig wechselvolles Spiel bis Unterbaden durch Mittelstädter (Achern) gleichziehen konnte. Vom Anstoß weg kommt ein früher Geist in die Mannschaft Unterbadens und schon 8 Minuten später findet der Ball im Rege Oberbadens, durch Stern-Karlruhe gut getreten, sein Ziel. 2:1 für Unterbaden. Dabei blieb es auch bis zum Schluß. Die meisten Schüsse blieben im Schmutz stecken. Nochmals sind die glänzenden Leistungen des Torwächters Oberbadens (Freiburg) zu erwähnen. Ein kräftiges „Frei Hell“ trennte die beiden Mannschaften. Der Schiedsrichter erlebte zu beiderseitiger Zufriedenheit sein schmerztes Amt. Hoffen wir, daß dieses Spiel viel zur Weiterentwicklung unserer Fußballbewegung im 1. Bezirk beiträgt. Unseren Sportgenossen des Bezirks rufen wir ein baldiges Wiedersehen im 3. Bezirk zu. Möge uns aber dann der Wettergott mehr hold sein. Auch das Publikum ist fieber hell und ganz auf seine Rechnung gekommen und ist davon überzeugt worden, daß auch bei der Arbeitersportbewegung etwas gutes geleistet wird.

### Weitere Sportveranstaltungen

Die Abgareine hatten sich über die Feiertage nach auswärts verperschlicht mit Ausnahme vom Weierheimer Fußballverein, der sich den F.C. „Fals“ Ludwigschafen zu Gast lud. Die Spiele gemannt das Spiel mit 5:1 Toren. Karlsruher F.C. spielte am 1. Feiertag in Berlin gegen F.C. Preußen und gewann mit 3:2 Toren. Rhönig gewann am 1. Tag in Krotz mit 4:1, während das Spiel des 2. Tage in Krotz gegen F.C. Nordstern mit 0:0 Toren endete. F.C. Forstheim bezog auf eigenem Platz bei einer ungeheuren Zuschauermenge mit 1:5 Toren gegen Stuttgarter Kickers.

### Aus dem Lande

Heidelberg, 28. Dez. Der Heidelberger Schloßverein hielt zum ersten Male seit dem Jahre 1918 im Hörsaal der Universitätsbibliothek gefest eine ordentliche Hauptversammlung ab. Der Vorsitzende, Prof. Wille, teilte darin mit, daß die gestrige Sitzung der Zeit sich von Jahr zu Jahr am Heidelberger Schloß, namentlich am Altkönigshaus mehr bemerkbar machen. Ueber die Art der Wiederherstellung, die notwendig ist, gingen aber die Anwesenden auseinander. — Gefordert wurde ein Kreisauschreiben über die Durchführung des Restaurations, die das Landschaftsbild und den Blick auf das Schloß schon. Es wurde beschlossen, in diesem Sinne auf die Stadt einzuwirken und dem Arbeitsminister die Wünsche des Schloßvereins zu übermitteln. Wie der Rechnungsbericht ergab, besitzt der Verein ein Gesamtvermögen von über 10 000 M.

Heidelberg, 27. Dez. Durch Beamte der Zweigstelle Mannheim des Landespreiskamers wurden zwei Kaufleute verhaftet, die 100 Zentner Roggen zu verschleiern suchten. Der Fuder wurde beschlagnahmt. Ferner wurden in Rederslag ein Landwirt aus Dallau und eine Wertmeisterhelferin von Heidelberg wegen Schleichhandel mit Butter und Mehl verhaftet.

Jell a. S., 20. Dez. Einen recht günstigen Finanzbericht kann die Gemeinde Jell a. S. für das Jahr 1919 veröffentlichen. Die Einnahmen überstiegen die Ausgaben mit rund 60 000 M., und das Vermögen der Stadt hat sich um 121 000 M. vermehrt.

Freiburg, 20. Dez. Die Stadt Freiburg hat in den Jahren 1914 bis 1. April 1920 für die Lebensmittelversorgung einen ungeheuren Aufwand von 2 182 381,47 M. zu verzeichnen, die bei der Beschaffung von Lebensmitteln zugelegt wurden. Bei anderen außerordentlichen Kriegsausgaben im gleichen Zeitraum beläuft sich die Summe auf 11 418 427,87 M.

Schopfheim, 25. Dez. In der frühe des Christfestes ist die Kaffeler Mühle zwischen Schönan in Jell, ein idyllisches Wahrzeichen des Wiesentals, niedergebrannt. Drei Stund Vieh und alle Sachgegenstände des Besitzers fielen den Flammen zum Opfer. Der Schaden ist daher sehr hoch. In Verbindung damit scheint ein Raubverbrechen zu stehen, der im nahegelegenen Dirschen verübt wurde. Die Bewohner des Wiesentals befinden sich bei dem Brande der Kaffeler Mühle. Die Frau des Besitzers war allein im Hause, als ein Fremder einbrach und die Frau mit Androhung des Todes anfiel. Die Frau konnte sich jedoch in das Schlafzimmer retten und sich einschließen. Der Täter raubte dann ungefähr 800 M., ein Jagdgewehr und eine Uhr. Er ist unerkannt entkommen. Es besteht der Verdacht, daß der Räuber auch den Brand gezeitigt hat.

Staufen, 26. Dez. Der 88jährige Historiker Josef Dieß füllte Wein ab. Dabei kam ihm eine Flasche mit Essenzlauge in die Hände und er wollte daraus einen Schluck nehmen, in der Annahme, es sei Wein in der Flasche. Infolge der durch die ätzende Flüssigkeit eingetretenen Wirlungen ist Dieß gestorben, ehe ihm ärztliche Hilfe zuteil werden konnte.

g. Furthagen, 28. Dez. Vergangenen Sonntag beging die hiesige Freie Turnerschaft, A.D.V. ihre diesjährige Weihnachtfeier unter Mitwirkung des Arbeitergesangsvereins „Niedertraun“ und des Theaterclubs Furthagen. Die turnerischen Aufführungen sowie die Gesänge des Arbeiter-Gesangsvereins waren vorzüglich. Besonderen Gefallen fanden die Reigen der Turnerschaft und die beiden Theaterstücke des Theaterclubs. Erstere waren eingeleitet unter der vorbildlichen Leitung des zweiten Turnwarts Kaiser mit Begleitung der Stadtmusikkapelle. Letztere gingen aus der ersten Arbeit des Herrn F. Schuller, Regisseur und Gründer des Theaterclubs, hervor. Der Turnerschaft rufen wir ein herzliches „Frei Hell“ zu und den jungen Proletarier-Bühnenkünstlern viel Glück auf ihrer weiteren Laufbahn.

Immendingen, 28. Dez. In Luttligen brach am Mittwoch in der Trikotfabrik von Schas im Kesselhaus Feuer aus. Der Kessel sprang und das Kesselhaus wurde schwer beschädigt. Die Fabrik selbst ist unbeschädigt geblieben. Der Schaden dürfte 40. bis 50 000 M. betragen.

### Durlach

#### Der Vorschlag

Bekanntlich hatte der Gemeinderat, nachdem der Bürgerausschuß den Vorschlag abgelehnt hat, den Vorschlag dem Bezirksrat zur Bewilligung vorgelegt. Es fand nun am Donnerstag abend im Bezirksratsaal eine Sitzung des Engeren Ausschusses des Bürgerausschusses unter dem Vorsitz des Gemeinrats Boller statt, um zu versuchen, nochmals, bevor der Bezirksrat sich mit der Frage befaßt, eine Einigung zu erzielen. Es kam dort zu folgenden Vereinbarungen: Die Bürgergenossenschaft soll sich berechnen, so daß sich daraus eine Einnahme von 111 000 M. ergibt. Das Eigenkapital- und Betriebsvermögen soll zum Höchstbetrag von 182 3 herangezogen werden. Das steuerfreie Einkommen soll zur Deckung der noch fehlenden 180 000 M. für Verhältnisse 15 000 M. frei bleiben und für weitere 1000 M. für jedes Kind. Diese Vorschläge beschloß der Gemeinderat am letzten Freitag in ausreichendem Maße. Die Vertreter der einzelnen Fraktionen gaben ihre Erklärungen ab, daß sie alles tun werden, um den Vorschlägen die Zustimmung in ihren Fraktionen zu verschaffen. Die Abstimmung im Gemeinderat ergab die Annahme obiger Vorschläge gegen die Stimmen der Kommunisten. Die am 28. Dezember nachmittags 5 Uhr stattfindende Bürgerausschusssitzung hat über diese Vorschläge zu entscheiden. Hoffen wir, daß die Sache endlich ihren Abschluß findet.

Aus dem Gemeinderat. Den städtischen Beamten sollen 1000 M. Vorschlag bezahlt werden soweit sie vierte jährlich entlohnt wurden und 500 M. soweit sie monatlich entlohnt werden. — Die sozialdemokratische Partei wünscht einen Schulsaal zur Abhaltung von Vorträgen. Es wird der Schulsaal 23 der Friedrichschule bestimmt gegen die üblichen Gebühren. — Dem Präsidialrat Sglau wird eine einmalige Vergütung von 850 M. gezahlt. — Im Viehhof wird ein Fenster eingebaut, um von der Wohnung des Schweißers einen Überblick in die Ställe zu bekommen. — Dem katholischen Jugendbund wird ebenfalls ein Schulsaal zur Verfügung gestellt. — Dem Ratdiener wird die Gebühr für Kostenfragen im Rathaus erhöht. — Die Turnbergwirtschaft soll nach den Vorschlägen der Kommission restauriert werden. — Es sollen eine Wohnung in der Rettungsanstalt und eine im Bahnhof gekündigt werden, da die Verhältnisse ungesund sind. — Dem Musikverein wird ein Betrag zur Abhaltung von Proben ein Schulsaal in der Hindenburgschule überlassen. — Gegen den Beschluß des Bezirksrats wegen Regelung des Vorschlags wird der Gemeinderat nichts einwenden. Das Allenbürgerrecht soll nur zur Steuer verlangt werden. — Der Firma Braun wird die Lieferung von 5000 Pfastersteinen zum Angebot übertragen. — Die Verpflegungsbillets im Krankenhaus werden von 12 auf 14 M. erhöht, für hiesige Selbsthelfer betragen sie 16 M., für auswärtige 18 M. für Kinder unter 10 Jahren 11 M., über 10 Jahre und auswärtige 14 M. — Dem Straßenwart und den Arbeitern der Firma Genhous wird ein Geschenk von 10 M. bewilligt und 20 M. dem Straßenwart. — Die städtischen Arbeiter verlangen eine einmalige Beschäftigungshilfe, die Forderung wird so lange zurückgestellt, bis die Bedingung des Vorschlags entschieden ist. — Für die Ausladung der Mastweide, die als Hoflandsarbeiten ausgedrückt wurden, hat der Staat und Reich 100 000 M. zugesprochen. Der tatsächliche Aufwand beträgt 322 000 M., so daß der Stadt noch 220 000 M. verbleiben. — Die Beseitigung der Müllschuttlente wird der Firma Holzwarth zum Angebot übertragen. — Dem Arbeiter Grammer soll im Wald leichte Arbeit nachgewiesen werden. — Es werden einige Lohnsteigerungen von Arbeiterinnen im Viehhof geneigt, sowie eine weitere Anzahl Kommunalverbandsangelegenheiten erledigt.

### Rastatt

Aus dem Gemeinderat. Nach den Kassenstandsberichten vom 1. Dezember betragen bis dahin 1. bei der Sparkasse: die Einnahmen 55 022 169 M. (darunter 15 208 631 M. Einlagen) und die Ausgaben 55 011 556 M. (darunter 18 154 456 M. rüdbehaltene Einlagen und Zinsen); 2. bei der Stadtkasse: die Einnahmen 17 126 474 M. und die Ausgaben 16 967 341 M. — Die Fürsorgeziehung eines schulpflichtigen Mädchens und dessen Unterbringung in eine Erziehungsanstalt wird als notwendig befürwortet. — Vergeben werden die Lieferungen von Brot und Fleisch für die städtischen Anstalten für das 1. Halbjahr 1921. — Gegen das Beschluß des Albert Lang von hier um Genehmigung zum Betriebe der Wirtschaft „zum Hahnschen Biergarten“ wird nichts eingewendet. — Mit Wirkung vom 1. Januar 1921 ab werden die Gebühren des Reichsgeldverkehrs, des Lotengrübbers, der Leichenräumer sowie des Fuhrhalters für die Führung des Leichenwagens und des Wagens des Geflüchden der derzeitigen Verhältnisse entsprechend erhöht. — Genehmigt werden die am 7. Dezember vorgenommene Verteilung der Christbaummarktplätze und die am 8. Dezember vorgenommene Verteilung der Judendenselungen. — Der Jahresbeitrag für die an den verschiedenen städtischen und Stiftungsanstalten der Stadt tätigen Ordensschwestern wird mit Rücksicht auf die Steuerungsverhältnisse erhöht. — Gemäß § 30 des Landessteuergesetzes soll eine Gemeinde-Ertragssteuer erhoben werden, worüber dem Bürgerausschuß in seiner nächsten Sitzung erspönder Antrag zu unterbreiten ist. — Die Kreise für das durch den Kommunalverband zur Ausgabe kommende Brennholz werden mit Rücksicht auf die eigenen Gesteuerungskosten erhöht auf 90 M. für den Stier seines Buchenholzes, 85 M. für den Stier gemischtes Buchenholzes, 75 M. für den Stier gemischtes Buchenholzes (eichen und eichen) und 72 M. für den Stier forstliches und tannenes Brennholz. — Mit Rücksicht auf die an verschiedenen Stellen der Stadt wiederholt vorgekommenen böswilligen Beschädigungen elektrischer Straßenlampen muß für den Wiederholungsfall die Einstellung der Beleuchtung an diesen Plätzen in Erwägung gezogen werden. Die aus den verschiedenen wohlthätigen Stiftungen pro 1920 anfallenden Zinsen werden nach Maßgabe des von der hiermit betrauten Kommission gemachten Vorschlags verteilt. — Für ausgeprochene Vergütungsveranstaltungen, insbesondere wenn damit Restauration verbunden ist, soll der Prachtalleesaal nicht abgegeben werden, da hierfür Wirtschaftskasse in genügender Anzahl sowie seitens der Stadtwirtschaft der Museumsaal zur Verfügung stehen.



# Die Vermehrung der Beamtenstellen bei der Stadtverwaltung

Unter dieser Epithete bringt die „Badische Landeszeitung“ in ihrer Nummer 369 vom Montag den 20. d. M., erstes Blatt, eine von Herrn A. unterzeichnete Notiz, hinter der wir aber einen gewissen Herrn S. vermuten, die sich mit der Anstellung von Sozialdemokraten als Gemeindebeamten beschäftigt. Schon in der Einleitung, daß die dem Bürgerausschuß zugegangene Vorlage durch den ersten Bürgermeister Sauer (S.) begründet sei, läßt den Reiz und den altnationalliberalen Geist des Verfassers und seines vermutlichen Hintermannes erkennen, denen so ein sozialdemokratischer Bürgermeister als eine gegen altnationalliberale Sitten und Gebräuche verstoßende Person zu erscheinen scheint. Noch nie wird irgend jemand bei der Begründung einer Vorlage durch einen demokratischen oder früher nationalliberalen Bürgermeister die Bezeichnung (Dem.) oder (Nat.) in der „Badischen Landeszeitung“ erwidert haben, weil es eben früher nur nationalliberale Bürgermeister geben durfte. Die verflucht harte Tatsache, daß es infolge der „Neuorientierung“ im Reich, Staat und Gemeinde nunmehr auch sozialdemokratische Beamten gibt, bringt die „Badische Landeszeitung“ aus dem Fraktionsgeist der Sozialdemokraten und schon zwei erst in neuerer Zeit angestellte sozialdemokratische Beamte, vorausgesetzt, daß man von den vielen, schon teilweise Jahrzehnte lang bei der Stadt beschäftigten Beamten absteht, die seit der Revolution endlich den Mut haben dürfen, gegen den Willen altnationalliberaler Herrschaften, sich offen zur sozialdemokratischen Partei zu bekennen. Das Schlimmste ist aber für die „Badische Landeszeitung“ annehmend, daß man diese verfluchten Sozialdemokraten ganz gut brauchen kann, denn es liegt ihr fern, die in Betracht kommenden Personen anzugreifen. Verstimmt fragt nun aber das Blatt, warum die Stellen, die die Sozialdemokraten innehaben, nicht ausgeschrieben wurden und warum die Sozialdemokraten, nicht ausgeschrieben energig gegen die „Bürgermeister-Wirtschaft“, die doch früher ganz gegen dieses Verfahren nicht protestiert hätte. Verehrtester Herr B. (oder Herr S.), Sie wissen doch, daß die beiden in Betracht kommenden Sozialdemokraten seit 1918 und 1917 bei der Stadt auf Ansuchen der letzteren beschäftigt waren, und zwar in ähnlichen Betrieben, in denen sie jetzt als planmäßige Beamte beschäftigt sind. Sie waren im Nahrungsmitteleinzelhandel und im Geschäftsbereich der Sozialdemokraten oder Gewerkschaftsbeamten befaßt zu sein, denn der persönliche Verkehr mit dem damals schon hungernden Publikum war ein äußerst schwieriger und aufreibender. Während die „Badische Landeszeitung“ dazu berufen war, dem jugendlichen Volk das „Durchhalten“ mit getrockneten Rüben und hochfestigen Suppen zum Überleben zu predigen, mußten sich die beiden Sozialdemokraten täglich mit denen herumalben, die auf jene zweifelhafte „Kost“ angewiesen waren. Und nun soll die Stadt diese beiden Sozialdemokraten, nachdem sie ihre früheren Verufe aufgaben, zum Teufel jagen? Das hätte sie tun können, denn keiner der beiden hat sich zu diesen Stellen gedrängt und keiner hatte einen jeglichen oder Gelegenheitsverdienst. Dürfen wir aber bei dieser Gelegenheit Herrn B. fragen, auf welche Weise Herr S., ihr von uns vermuteter Hintermann, in früheren Jahren altnationalliberaler Hausherrschafft ins Gastnetz kam? Und ist Ihnen Herr B. bekannt, warum Herr S. aus einer früheren Stelle entfernt werden mußte?

Die „Badische Landeszeitung“ nennt noch weitere Namen von Sozialdemokraten und U.S.V. Männern die letzten mögen selbst antworten, die ebenfalls in „gudbotierten“ Stellen sitzen sollen. Nun kommt es natürlich darauf an, was das Blatt „gudbotiert“ nennt und ob es auch die Tätigkeit der betreffenden nennt. Eine Stelle ist im Wohnungswesen durch einen Sozialdemokraten als Architekt und Assistentenbeamter besetzt und fragen wir gleich: Wieviel demokratische Beamte sitzen im Wohnungswesen und welche „gudbotierten“ Stellen inne? Die Platzmeisterstelle am Rheinbrunn, die von einem Sozialdemokraten besetzt sein soll, ist Quantität. Das Bürgermeisteramt hat das freie und das kritische Gewerkschaftsmitglied aufgeföhrt, zur Wohnungskontrolle einige in dieser Beziehung erfahrene Männer zu stellen. Das ist gegeben und das „Unglück“ will es, daß bei diesen Männern auch ein Sozialdemokrat ist, der gegen Lagerverteilung seines Amtes walitet. Nun, verbreitete „Badische Landeszeitung“ wo steht nun die „Bürgermeister-Wirtschaft“? Das eine steht fest: Mit der Alleinherrschaft der altnationalliberalen Partei ist es vorbei und vorbei ist die Zeit, wo man einem Beamten, der sich erlaubt, eine eigene Meinung zu haben, den Stuhl vor die Türe stellen (frei nach Kommerzienrat A. A. Schneider) und ihn zu Tode quälen kann. Die sozialdemokratischen Beamten werden unbestimmt aller Ansehung, von welcher Seite sie auch kommen mögen, in Reich, Staat und Gemeinde im Interesse der Gesamtheit ihre Pflicht bis aufs äußerste erfüllen. Das möge sich auch der Redner der Zentrumsfraktion des Bürgerausschusses, Herr Sturm, merken, auf dessen vertriebenen Anspielungen sowohl der Herr Oberbürgermeister, als auch Herr Pfeif (Dem.) und unter Genossen Prull die richtige Antwort geben. Das Zentrum kann mit seinem „Revolutionsgewinn“ zufrieden sein, wenn nicht, dann kann man auch ihm gegenüber deutlicher werden.

## Aus der Stadt

**Karlruhe, 27. Dezember.**  
Sozialdem. Verein. Heute Montag abend 1/6 Uhr in der „Goldenen Krone“ Vorstandssitzung.

Reichstagspräsident Paul Löbe spricht am Montag, den 10. Januar, abends, im großen Saale der Festhalle in Karlsruhe; am Dienstag, den 11. Januar, abends, in der Festhalle in Durlach, über

„Europas Schicksalstunde“

Wir bitten die Arbeiterorganisationen und Vereine, an diesen Abenden andere Veranstaltungen nicht zu treffen. Diese Versammlungen müssen sich zu den Kundgebungen der Arbeiterkassen von Karlsruhe und Durlach gestalten.

**Weihnachten im Glanz der Frühlingssonne**  
Nicht die symbolischen Weihnachten mit schneebedeckten Dächern und Feldern und mit Eisgassen behangenen Bäumen waren es, sondern es herrschte eine recht milde Temperatur — insbesondere am ersten Feiertage — die uns fast nur ein wohlwollender Frühlingstag bescherten kann. Wir hatten also nettes — Osterwetter über Weihnachten, das zu kleinen und großen Ausflügen einlud.

Naturgemäß war unter diesen erfreulichen Verhältnissen die Frequenz der Eisenbahnen eine sehr starke. Schon am Freitag mittag und abend stand die Halle des Hauptbahnhofes voll gepackt mit Reisefreudigen, unter ihnen fanden recht viele Touristen und besonders eine respektable Zahl von Eisfahrern mit ihren „Brettle“ hervor, um die Festtage bei Königin zur bringen bezw. dem Schneeschuhort zu kulbieren. Wer

keine Lust hatte, etliche Stunden mit der Eisenbahn zu fahren oder wenn der Geldbeutel dazu nicht groß genug war, unternahm mit Familie — soweit eine solche vorhanden ist — einen Spaziergang in die nähere Umgebung, hauptsächlich in die Vororte und in die näheren Landgemeinden, um dort die nötige Stärkung vorzunehmen.

In der Stadt selbst hatten die Straßenbahnen vollauf zu tun und die Straßen standen im Zeichen eines lebhaften Verkehrs. An diversen Vergnügungen und Veranstaltungen herrschte kein Mangel und alle wiesen einen guten, zum Teil äußerst zahlreichen Besuch auf. Das Landtheater, wo „Parfais“ über die Bühne ging und das Konzerthaus, in dem am 1. Feiertag „Die goldene Eva“ und gestern Sonntag das „Colosseum“ gespielt wurden, waren ausverkauft, ebenso der Massenbetrieb. Auch die Wirtschaften und Kaffees, hauptsächlich wenn auch nicht überall das gute Geschäft zu verzeichnen ist, vor dem Kriege, was aber in Anbetracht der mäßigen Verhältnisse nur zu begrüßend ist.

So sind auch diese Weihnachten nun vorüber. Mögen die Hoffnungen, welche an sie allenfalls geknüpft wurden, in Erfüllung gehen und uns aus dem wirtschaftlichen und politischen Dunkel hinausführen zu lichteren Tagen, so daß Weihnachten 1921 im Zeichen besserer Verhältnisse stehen möge!

Neben den vorerwähnten Veranstaltungen feierten verschiedene Vereine und Gesellschaften ihre Weihnachtsfeier, die alle aufzuzeichnen zu weit führen würde. Es seien deshalb hauptsächlich nur die von Vereinen der Arbeiterschaft angeführt.

In kleinen Festhallsaal fanden sich die Arbeiter und Beamten des Gas- und Wasserwerks zu einer familiären Weihnachtsfeier am Sonntag mittag ein. Der gemütliche Saal konnte die große Familie der Gas- und Wasserangestellten kaum fassen, auch Oberbürgermeister Finter und Bürgermeister Sauer befanden sich unter den Besuchern. Herr Münchenerbach bot den Willkommengruß und Herr Bauer Galingert wies im treffenden Worten auf die Bedeutung der Feiertage hin. Das sehr reichhaltige und abwechslungsreiche Programm beantwortete, daß unsere Gas- und Wasserwerke nicht nur ihre verantwortungsvollen im Wohl der Stadt gelegenen Arbeiten zu feiern verstehen, sondern daß sie auch schöne Feste zu feiern verstehen. Den gesungenen Teil hatte eine Abteilung der „Concordia“ in bestmöglicher Weise bestritten, während Herr Senke mit heiteren Regitationen den Weifall aller erlangte. Zwei Theaterstücke, „Friede auf Erden“ und „Nieder gegeben“, nicht verlesen wollen wir auch das Klavierkonzert von H. Burger und den Volo von Vera Münchenerbach. Die Arabaten Vohn und Zrischer, Herr Wettsch mit seinen humoristischen Vorträgen. Alles Dargebotene fand sehr beifällige Aufnahme. Eine Kinderkolonne mit Bescherung und Gabenverlosung, die insbesondere bei den Kindern viel Freude erweckte, sowie ein Ball bildeten den Abschluß der harmonisch verlaufenen Feier.

Der Arbeitergesangverein „Gleichheit“ lud seine Freunde am 2. Weihnachtsfeiertag in den Saalbau vor Weihnachtsfeier ein. Neben Liebesvorträgen des gut gesungenen Männerchor wurden musikalische und literarische Darbietungen geboten. Der bewährte Vereinschor „Fester Wacker“ mit dem Besen aus seinem Repertoire auf und die Vorführungen des Hausbesuchers Herrn Mellini fanden allgemeine Bewunderung. Die Gabenverlosung bewies, daß die Glücksgöttin fortuna heute Kinder hat, daß sie aber auch anderen gar nicht gut gefimmt ist. Ein Tänzerpaar beschloß die verlaufene Feier.

Zu einer Familien-Weihnachtsfeier fanden sich die Mitglieder des Sängerverein „Vorwärts“ in ihrem Vereinslokal „Grimm“ ein. Bei Musik, Gesang und Vorträgen verbrachten die Stunden nur zu rasch. Ein rasch ausgeleiteter Cabarettempel ludte zum Versuch und mancher fand auch sein Glück dabei. Die Veranstaltung darf als wohlwollende Familienfeier in die Vereinschronik eingetragen werden.

Der Radfahrer-Verein „Vorwärts“ hielt wie jedes Jahr am 2. Feiertage seine Weihnachtsfeier in der „Garnate“ ab. Neben unterhaltenden Darbietungen fand eine Gabenverlosung statt, die für die Gewinner recht hübsche Gegenstände aufwies. Die Besucher, die sich sehr zahlreich einfanden, waren mit dem Gebotenen recht zufrieden.

Auch die Gesangvereine „Harmonie“ und „Männergesangverein“ stellten am zweiten Feiertag ihre Weihnachtsfeier ab. Erfrischer Verein im vollbesetzten „Apollosaale“ bei vorzüglicher Feuerstimmung und der letzte Verein im „Kühlen Krug“. Ein ausverkauftes Programm, ein Kinderreigen, Weihnachtsspiel, Gesang usw. kam zur Abwicklung. Den Abschluß bildete der übliche Tanz.

**Kommunistische „Stimme“**  
Der Verlag der „Roten Fahne“ kündigt in der hiesigen „Sozialistischen Republik“ an, daß vom 1. Januar ab die „Soz. Republik“ unter dem Titel „Rote Fahne“ erscheinen wird. Lustigweise erzählt der Verlag diese Ankündigung unter dem Hinweis: „Eine Stimme weiter“. Wir als Gegner der Kommunisten wünschen, daß die Herren auf dieser Strophe weitermarschieren. Bis zu ihrem hoffentlich nicht allzu fernem unglücklichen Ende.

**Reichsbühne.** Heute Montag, 27. Dezember, fällt für die Volksbühne E 8 „Jor und Bimmermann“ aus. Diese Vorstellung findet dafür am Montag, 3. Januar 1921, statt. — Ebenso muß die für Freitag, 31. Dez., angesetzte Vorstellung der Volksbühne G 8 „Heimgarten“ ausfallen. Die Volksbühne wird rechtzeitig den Termin bekanntgeben, an welchem diese Vorstellung nachgeholt wird.

**Schwurgericht**  
Herr Landgerichtsrat Dr. Frommherz schreibt uns: Im 2. Blatt vom Samstag, den 18. d. Mts. will mich der ungenannte Kritiker schreiben u. a. zum Falle Schneider mit der Behauptung belehren, hier sage der Kritiker selbst, die Täterhaft sei Angeklagter sei fast erwiesen: „Ja, Herr Jurist, ein altes Sprichwort sagt: „Rast ist nicht gang“. Die Behauptung ist unrichtig. Die betreffende Ausföhrung (Volksfreund Nr. 274 vom 24. November 1920) lautet nämlich: „Ein der Fällung einer öffentlichen Urkunde aus Gewinnlust angellagter mittlerer Beamter wurde trotz erdrückenden Indizienbeweises freigesprochen.“ Der Irrtum, daß ein Indizienbeweis kein voller Beweis sein könne, die Meinung, daß zum Schuldigspruch stets ein Geständnis notwendig sei, die Ueberschätzung des dem mittelalterlichen Inquisitionsprüfung eigenen Capes, daß der confessio regina probationum, das Geständnis die Königin der Beweise sei, scheinen allerdings zahlreiche Geschworenensprüche zu Grunde zu liegen.

## Letzte Nachrichten

**Reichsnotopfer — Reichsschuldbuch**  
BdW. Berlin, 24. Dez. Von zuständiger Seite wird uns geschrieben: Die Zahl der bei der Reichsschuldenverwaltung eingehenden Anträge auf Uebertragung von Schuldbuchforderungen auf das Konto der Reichskasse für Reichsnotopfer mehren sich von Tag zu Tag. Eine sofortige Erledigung dieser vielen Anfragen ist unmöglich. Die Antragsteller werden vielmehr wochenlang warten müssen, bis sie die für die Finanzkasse bestimmten Bescheidigungen erhalten. Bestätigung über Eingang der Anträge kann nur erteilt werden, wenn den Anträgen die Bescheidigungen oder Kostarten beigefügt wird, die mit Freimarken und der vollständigen Adresse des Antragstellers versehen sind. Es empfiehlt sich, die Anträge unter Einschreiben einzufenden und die Postkarte als Ausweis über die Antragstellung zu verwenden.

## Der Kongreß der französischen Sozialisten in Tours

Paris, 26. Dez. Am 1. Weihnachtsfeiertage wurde der Kongreß der französischen Sozialisten in Tours eröffnet. Nachdem der Kongreß in Tours sich für die Diskussion über den Anschluß an die 3. Internationale ausgesprochen hatte, wurde auf Antrag des Generalsekretärs der Partei Prof. J. B. Besse, daß sich zuerst die Parteisekretäre der Bezirke über die Stimmung in ihren Bezirken auszusprechen sollen, erst dann mich in die eigentliche Debatte eingetreten werden, und zwar auf der Grundlage der drei Tagesordnungen. Cachin-Longueue tritt für den Anschluß an Moskau ein, die Tagesordnung Blum lehnt den Anschluß ab, während diejenige Longueue, die den die Tagesordnung der Wiederherstellung nennt, für eine neue 4. Internationale eintritt, in die die Anhänger der 2. und 3. Internationale eintreten sollen.

Der sozialistische Parteitag in Tours setzte am 26. Dez. seine Beratungen fort. Die Delegierten der verschiedenen Bezirke berichteten über die Stimmung in ihren Kreisen. Für den Oberrhein sprach Grumbach, der erklärte, es sei in Frankreich unmöglich, das durchzuführen, was in Rußland durchgeführt worden sei. Man dürfe die Frage der russischen Revolution mit der Zustimmung zu den Grundthesen Lenins nicht beschwefeln. Für den Niederrhein berichtet der ehemalige Reichstagsabgeordnete Weill. In seinem Bezirk hatten 102 Stimmen für die dritte Internationale gestimmt. Das sei eine Folge der verhängnisvollen Innen- und Außenpolitik der französischen Regierung.

## Die Klagen des Papstes

BdW. Rom, 26. Dez. Der Papst empfing gestern die Kardinalen, die gekommen waren, ihm ihre Weihnachtsgrüßwünsche darzubringen. In Beantwortung einer Ansprache des Kardinals Vazulelli hob der Papst hervor, daß der Krieg nicht als völlig beendet betrachtet werden könne, solange noch zwischen den Völkern Unfrieden bestehe und in ihrem Inneren Kämpfe wütheten. Der Papst sagte, die fünf Hauptübelen, an denen die Welt leide, seien Nichtanerkennung der Obrigkeit, Bruderhaß, Neigung zu Vergnügungen, Abscheu vor der Arbeit, Verneinung der übernatürlichen Bestimmung des Menschen. Das einzige Heilmittel sei, die Rückkehr zum Evangelium.

## Unruhen in Anklam

London, 26. Dez. (Tel.-Union.) Nach einer Meldung aus Petersburg soll es dort zu schweren Unruhen gekommen sein. Die Regierung weigerte sich, dem Verlangen der Arbeiter um Erhöhung der Lebensmittelrationen und um Umgestaltung des 16 Stunden betragenden Arbeitstages nachzukommen. Bei der darauf folgenden Zusammenkunft wurden zahlreiche Arbeiter getölet. 105 Arbeiter wurden hingerichtet. Dadurch wurde die Bewegung unterdrückt. Die Umgegend von Petersburg gleicht einem großen Feuertopfer.

## Die Arbeitslosigkeit in England

London, 24. Dez. Die Arbeitslosigkeit hat auch in England katastrophale Formen angenommen, wie aus folgenden Zahlen hervorgeht, die wir dem Arbeiterblatt „Daily Herald“ entnehmen: Ende August waren nur 320000 Arbeitslose angemeldet, darunter 142000 frühere Seemannsangehörige. Am 3. Dezember zählte man 104442 Arbeitslose, und eine Woche später, am 10. Dezember, hatte sich diese Zahl um weitere 50000 vergrößert. Damals waren etwa 600000 Arbeiter und Arbeiterinnen offiziell als arbeitslos registriert, dazu kamen noch 250000 Handarbeiter und eben so viel Kopparbeiter, die nicht angemeldet waren. Im ganzen zählte man am 10. Dez. rund 1100000 Arbeitslose nebst 3125000 Angehörigen. Das sind also über 4200000 Menschen, die im kriegsbedingten Großbritannien eine äußerst schwere Existenz führen. Eine der Hauptursachen dieser Krise liegt aber in dem viel zu „günstigen“ Stand der englischen Wärlta, gegenüber allen andern, ehemals kriegsführenden Staaten Europas.

## Bolschewistische Kapitulation vor dem Kapitalismus

Moskau, 24. Dez. Am 21. Dezember fand im Gewerkschaftshaus eine Sitzung der kommunistischen Fraktion der Delegierten des 8. Rätekongresses statt. Die Versammlung hörte einen 17stündigen Bericht Lenins über die Konzeptionen an auswärtige Kapitalisten an. Der Bericht rief lebhafteste Debatten hervor. Die Politik der Sowjetmacht in der Konzeptionsfrage wurde schließlich einstimmig gutgeheißen.

## Keine Uebersiedlung der Sowjetregierung nach Petersburg

O.E. Berlin, 24. Dez. Die schon vor etwa einer Woche zuerst in der eifühnen Presse verbreiteten und damals bereits vom Ost-Expreß dementierten Gerüchte über eine Nicht der Sowjetregierung nach Petersburg sind völlig unzutreffend. Die Sowjetregierung verbleibt in Moskau. Schon die Einberufung des 8. Allrussischen Rätekongresses nach Moskau beweist, daß die Sowjetregierung sich dort sicher fühlt. Diesen Gerüchten liegt lediglich die Furcht aufgebauete Tatsache zugrunde, daß im Moskauer Sowjet bei den Beratungen über Maßnahmen zur Abänderung der immer dringender werdenden Wohnungsnot die Frage über die Verlegung eines Teils der zentralen Verwaltungsstellen nach Petersburg aufgeworfen worden ist. Es hat sich jedoch erwiesen, daß Petersburg trotz der Verminderung seiner Bevölkerung um über 70 Prozent nur 10000 von der ungeheuren Menge der 200000 Sowjetangestellten Moskau unterbringen könnte. Die Frage der Verlegung wird zuerst durch einen besonderen Ausschuß geprüft und soll demnächst dem Rat der Volkskommissare zur Entscheidung vorgelegt werden.

Schriftleitung: Georg Schöpplin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Uebersicht und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Eisele; für den Angelegenheit Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

**Wasserstand des Rheins**  
Schweizerinzel 23, gef. 5 Bm. Neßl 115, gef. 2 Bm. Maxau 1275, gef. 2 Bm. Mannheim 150, gef. 2 Bm.



